

Bezirksamtsvorlage Nr. 585
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 21.05.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 3372/V, Beschluss vom 16.09.2021 betrifft:
„Infektionsschutz und Kontaktnachverfolgung als Gesamtverantwortung des Bezirksamtes“

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Keller

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Infektionsschutz und Kontaktnachverfolgung als Gesamtverantwortung des Bezirksamtes“ weiter entwickeln“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Jugend und Gesundheit beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat:
 - b) Frauenvertretung:
 - c) Schwerbehindertenvertretung:
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

10. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Keller

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Infektionsschutz und Kontaktnachverfolgung als Gesamtverantwortung des Bezirksamtes.

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.09.2021 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 3372/V):

Das Bezirksamt wird ersucht, schnellstmöglich die vom RKI empfohlene Mindestpersonalausstattung in der Kontaktpersonenermittlung von ca. 97 VZÄ zu besetzen/ aufzufüllen, damit eine funktionierende Infektionsnachverfolgung gewährleistet ist. Dazu sollen die neue eingestellten befristeten Kolleg:innen im Wahlamt geworben werden, ihre befristete Tätigkeit nach den Wahlen im Corona-Lagezentrum fortzusetzen (sofern geeignet).

Ebenso sollte Kontakt zu den Trägern der geschlossenen Impfbereitschaft aufgenommen werden, um ihr qualifiziertes Personal anzuwerben.

Ergänzend sollen Personalkräfte zeitlich befristet - und wenn möglich freiwillig - aus allen Abteilungen des Bezirksamtes gewonnen werden.

Im Übrigen sollen die bis zum 31.12. 2021 befristeten Arbeitsverträge für die Pandemiebekämpfung bis zum 30.6.2022 verlängert werden, wie dies bereits vorgesehen ist.

Das Bezirksamt soll schnellstmöglich im Verbund mit den anderen Bezirksamtern auf die Senatsverwaltungen für Gesundheit und Finanzen einwirken, um eine rasche Finanzierungszusage für die zusätzlichen Stellen des Pandemiepersonals über den Jahreswechsel hinaus bis Mitte 2022 zu erhalten.

Ferner sind die Bemühungen zu verstärken, die diesjährige Finanzierungszusage für die auftragsweise Bewirtschaftung von Pandemiepersonal, dem tatsächlichen Bedarf anzupassen und bis zu 20 weitere, vom Land finanzierte, Stellen für die Kontaktnachverfolgung spätestens bis Jahresende zu besetzen.

Das Bezirksamt hat am 21.05.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die Verlängerung der vorübergehenden personellen Verstärkung konnte durch den gemeinsamen Druck der Bezirke auf Landesebene erfolgreich durchgesetzt werden. Auch wurde das Gesundheitsamt in der Hochphase der Pandemie bezirksintern teilweise durch Mitarbeitende anderer Ämter unterstützt.

A) Rechtsgrundlage:

BezVG §36

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

Berlin, den 21.05.2024

Bezirksstadtrat Keller

Bezirksbürgermeisterin Remlinger